

IMPRESSUM

Redaktion Knut Giesler (verantwortlich), Bernd Kupilas
Anschritt IG Metall Nordrhein-Westfalen, Roßstraße 94, 40476 Düsseldorf
Telefon 0211 454 84-0 | Fax 0211 454 84-101
igmetall-nrw.de | facebook.com/igmetall | bernd@kupilas.de

INTERVIEW Anja Weber (58), Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in NRW spricht über eine neue Kampagne des DGB, die Ängste von Beschäftigten und die Frage, wie Betriebe den Strukturwandel stemmen können.

Anja, was hat den DGB bewogen, die Kampagne »Stark im Wandel« ausgerechnet jetzt ins Leben zu rufen?

Die Arbeitswelt verändert sich gerade massiv. Digitalisierung, Globalisierung und die derzeit intensiv geführte Debatte um den Klimaschutz verunsichern. Wir Gewerkschaften wollen Sicherheit geben und den Prozess der Transformation aktiv mitgestalten. Um das Gewicht unserer 1,4 Millionen Gewerkschaftsmitglieder in NRW für gute Arbeit einzubringen, müssen wir mit einer Stimme sprechen. Mit unserem Dialogprozess »Stark im Wandel« werden wir die großen Fragen der Transformation in unserer Gewerkschaftsfamilie diskutieren und die Mitglieder noch näher zusammenbringen.

Worum geht es?

Wir müssen deutlich machen, dass der Wandel nur gelingen kann, wenn wir alle drei Aspekte des Wandels gleichberechtigt vorantreiben: soziale Gerechtigkeit, ökologische Verantwortung und ökonomische Gestaltbarkeit. Deshalb heißt es im Kampagnenlogo auch »Stark im Wandel – sozial, ökologisch, fair«.

Welche Herausforderungen existieren beim Strukturwandel speziell in NRW?

NRW ist ein Industrie- und Stahl Land. Beides muss eine Zukunft haben. Dabei sehen wir den Strukturwandel als Chance. Die Suche nach mehr Klimaschutz ist auch gleichzeitig Innovations treiber. Wenn wir hier in NRW die Technologien entwickeln, die zum Beispiel CO₂-Neutralität bei der Stahlproduktion ermöglichen, macht das unsere Industrie gleichzeitig zukunftsfest. Aber auch etwa Autozulieferer und die Energiebranche brauchen Perspektiven.



Foto: Thomas Range

»Wir wollen Sicherheit geben«

Können von NRW Impulse für andere Bundesländer ausgehen?

Als großes Industrieland muss NRW vorangehen und zeigen: Erfolgreicher Strukturwandel kann gelingen. Wir müssen gutes Beispiel sein, aber nicht nur innerhalb Deutschlands. Wir können in NRW Lösungen entwickeln, die auch international helfen, den Klimawandel zu bekämpfen. Und mit unseren starken Gewerkschaften können wir viel Druck auch Richtung Bundesregierung ausüben.

Was erwartest Du von der Politik bei der Gestaltung von Transformation?

Die Politik muss Leitplanken setzen und selbst vorangehen, um gute Arbeit in der Transformation zu gewährleisten und weiter zu fördern. Die Einführung eines Transformationskurzarbeitergelds ist ein Beispiel.

Und auf Landesebene?

Von der Landesregierung erwarte ich mehr Mut zu einer umfassenden Strategie für das Vorantreiben einer sozial-ökologischen Transformation. Unternehmen und Beschäftigte brauchen klare Rahmenbedingungen und Sicher-

heiten. Mit finanzieller Förderung allein ist es nicht getan. Wir müssen wissen, auf welche neuen Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten sie setzt. Nur so können wir Beschäftigte rechtzeitig für den Wandel fit machen.

Interview: Andreas Schulte



Im Rahmen der neuen Kampagne »Stark im Wandel« will der DGB NRW über die Dimension des Wandels und die Möglichkeiten der Gestaltung sprechen. Geplant sind Diskussionsveranstaltungen überall in NRW. Teilnehmende sind Kolleginnen und Kollegen aus dem DGB, den Gewerkschaften und aus Betrieben. Am 5. März 2020 lädt der DGB NRW zusätzlich zu einem Kongress ein. Nähere Infos zur Kampagne und eine Übersicht der Diskussionsorte und der Termine finden sich unter nrw.dgb.de/stark-im-wandel

Was hat die Landesregierung unter Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) bislang geleistet? Bezirksleiter Knut Giesler zieht für die IG Metall NRW Halbjahresbilanz.



Foto: Thomas Range

»Das Glas ist halbvoll«

Seit nunmehr zweieinhalb Jahren regiert in der Düsseldorfer Staatskanzlei Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) in einer Koalition aus Christdemokraten und Liberalen. Die halbe Legislaturperiode ist vorbei – ein guter Zeitpunkt, um Bilanz zu ziehen. Was hat die Landesregierung aus Sicht von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in dieser Zeit geleistet? Knut Giesler, oberster Metaller in Nordrhein-Westfalen, muss einen Moment überlegen. »Es gibt Gutes und weniger Gutes«, sagt er. Und unterm Strich? Giesler schmunzelt. »Ich bin ja Optimist«, sagt er, »und deshalb sage ich: Das Glas ist halbvoll.«

Pro Industrie Zu den Pluspunkten der Landesregierung gehört für den Bezirksleiter der IG Metall NRW, dass sie sich eindeutig zu einer aktiven Industriepolitik an Rhein, Ruhr und Lippe bekannt hat. Dazu hatte die Laschet-Regierung eigens ein industriepolitisches

Leitbild entwickelt. »Die Ausarbeitung hat zwar ein bisschen gedauert«, sagt Giesler, »aber am Ende stehen da Dinge drin, die uns wichtig sind«. Die Regierung beziehe klar Stellung pro Industrie und wisse, dass das Industrieland NRW starke Unternehmen mit guten Arbeitsplätzen brauche, um den bevorstehenden Wandel bewältigen zu können. »Es ist wichtig zu wissen, dass wir hier mit der Landesregierung am selben Strang ziehen«, sagt Giesler. Gerade einige wichtige Branchen, die aktuell unter Druck stünden, bräuchten derzeit eine eindeutige Unterstützung aus der Politik, etwa die Stahlindustrie, die Aluminiumbranche oder die Automobilzulieferer.

Auch sei deutlich geworden, dass die Regierung in Düsseldorf wisse: Gewerkschaften, Tarifverträge und Mitbestimmung sind Teile der Lösung. »Das wissen wir zu schätzen«, sagt Giesler. So werde das

gewerkschaftliche Projekt »Arbeit 2020« weitergeführt und von der Regierung unterstützt. In dem Projekt sammeln Betriebsräte Erfahrungen, wie sie die Digitalisierung zum Wohle der Beschäftigten stemmen können. Deutlich mehr Geld steckt Düsseldorf künftig in die Bildungsschecks – damit wird die Weiterbildung von Beschäftigten gefördert.

Fahrt aufnehmen »Die Richtung stimmt, wichtige Weichen wurden gestellt«, sagt Giesler, »jetzt muss der formulierte Anspruch aber auch umgesetzt werden.« An etlichen Stellen müsse die Politik der Regierung in Düsseldorf mehr Fahrt aufnehmen. »Die Regierung muss aktiver steuern als bisher.« Das gelte zum Beispiel für den Strukturwandel im Rheinischen Revier und im Ruhrgebiet. Auch in der Energiepolitik gebe es Nachholbedarf. »Das Industrieland NRW braucht eine zuverlässige Energieversorgung der

energieintensiven Industrie zu wettbewerbsfähigen Preisen bei gleichzeitiger Klima- und Umweltverträglichkeit«, sagt Giesler. Dafür sei unter anderem der Ausbau erneuerbarer Energien nötig. Bei der Windkraft werde der nötige Ausbau ausgebremst, weil in NRW Windräder weiter weg von Siedlungen stehen müssen als anderswo in der Republik.

Mehr Engagement wünscht sich Giesler auch in der Gestaltung der digitalen und ökologischen Transformation. So fordert die IG Metall mehr öffentliches Fördergeld für kleine und mittlere Betriebe sowie für Regionen, die durch den Wandel etwa hin zu Elektromobilität in Schwierigkeiten geraten. »Gerade solche Unternehmen brauchen Unterstützung, um den Wandel wuppen zu können.«

Schmunzelnd zieht Knut Giesler sein Fazit: »Nach oben hin ist in dem halbvollen Glas noch Platz.«